

Bericht des Stadtrats zum Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal / Freigabe Budget 2008

Kurzinformation

An der Budgetsitzung vom 12. Dezember 2007 beschloss der Einwohnerrat auf Antrag seiner Finanzkommission, im Rahmen der Behandlung des Voranschlages der Stadtpolizei vom Stadtrat ein Konzept für die zukünftige Ausrichtung der Stadtpolizei zu verlangen. Die Freigabe der die Stadtpolizei betreffenden Budgetpositionen, soweit diese nicht gebundene Ausgaben betreffen, wurde vom Vorliegen eines solchen Konzeptes abhängig gemacht.

In seinem Postulat „Langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal“ vom 15. Januar 2008 (Nr. 2008/194, vom Einwohnerrat am 21.05.2008 überwiesen) forderte Einwohnerrat Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion die Überprüfung, ob die heutige Ausrichtung und Organisation der Stadtpolizei genügen, um die sich stellenden Herausforderungen im Bereich Sicherheit zu meistern. Als spezifische Prüfpunkte wurden die personellen und infrastrukturellen Ressourcen, die Aufgabenstellungen, die vertikale und horizontale Kooperation sowie die Delegation von Aufgaben an Private bezeichnet.

Mit dem beiliegenden Konzept unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die, gestützt auf die beiden einwohnerrätlichen Aufträge, getätigten Abklärungen. Folgende Varianten werden aufgezeigt und begründet:

MINI: Beibehaltung IST-Zustand
MIDI: IST-Zustand plus eine Polizeistelle
MAXI: Ausbau Stadtpolizei auf 24-Stundenbetrieb
KAPO: Einkauf gemeindepolizeilicher Aufgaben bei Polizei BL

Der Stadtrat hat sich für die Variante MINI entschieden und diese im Rahmen des Entwicklungsplans 2009-2013 sowie des Budgets (inkl. Stellenplan) 2009 abgebildet. Er tut dies in der Überzeugung, dass die objektive und subjektive Sicherheit in der Stadt Liestal unter den gegebenen Voraussetzungen in genügender Weise gewährleistet werden kann. Deshalb ist eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei derzeit kein Thema für den Stadtrat.

Mit der Vorlage des beiliegenden mittelfristigen Konzeptes sind die Voraussetzungen gegeben, um das Budget 2008 der Stadtpolizei freizugeben.

Anträge	<ol style="list-style-type: none">1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom vorliegenden Konzept sowie davon, dass die Stadtpolizei in ihrer heutigen Ausgestaltung beibehalten und mit der Variante MINI (Beibehaltung Ist-Zustand) in die Entwicklungsplanung 2009-2013 aufgenommen wird.2. Der Einwohnerrat gibt das Budget 2008 der Stadtpolizei frei.3. Das Postulat Nr. 2008/194 wird als erledigt abgeschrieben.				
	<p>Liestal, 14.10.2008</p> <p style="text-align: center;">Für den Stadtrat Liestal</p> <table><tr><td>Die Stadtpräsidentin</td><td>Der Stadtverwalter</td></tr><tr><td>Regula Gysin</td><td>Roland Plattner</td></tr></table>	Die Stadtpräsidentin	Der Stadtverwalter	Regula Gysin	Roland Plattner
Die Stadtpräsidentin	Der Stadtverwalter				
Regula Gysin	Roland Plattner				

DETAILINFORMATIONEN

1. Ausgangslage

Gemäss Kurzinformationen.

2. Lösungsvorschlag/Projektbeschreibung

Im beiliegenden Konzept werden mit dem IST-Zustand als Ausgangslage die Aufgaben sowie die heutigen und inskünftig erforderlichen bzw. zweckmässigen Ressourcen (personell und Infrastruktur) dargestellt. Ebenfalls werden mögliche Modelle der Aufgabenerfüllung untersucht und mit den realen Gegebenheiten und Möglichkeiten verglichen.

Die Möglichkeiten der

- Aufgabenerfüllung mit eigenen Ressourcen,
- horizontalen Kooperation,
- vertikalen Kooperation und der
- Ausgliederung (Outsourcing, Teiloutsourcing)

werden in Varianten abgehandelt. Der Stadtrat hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit diesem Konzeptpapier befasst.

Er hat sich letztlich für die Variante MINI entschieden, welche die Stadtpolizei personell, organisatorisch, materiell und in Bezug auf die Auftragslage an der heutigen Situation ausrichtet.

Derzeit stehen seitens der Polizei BL Entscheidungen an und es werden Strategien in Richtung Einheitspolizei verfolgt, welche es aufmerksam zu verfolgen gilt. Sobald in Bezug auf die derzeit ungewissen Entwicklungen seitens der Polizei BL grössere Klarheit gegeben ist, können im Rahmen der finanzpolitischen Möglichkeiten und auf Basis dieses Fundaments weitergehende Massnahmen geprüft und beschlossen werden.

3. Finanzierung/Kosten

Vgl. Konzeptpapier. In der Entwicklungsplanung 2009 – 2013 sowie im Voranschlag 2009 wird die Variante MINI (Beibehaltung IST-Zustand) aufgenommen.

4. Konsequenz bei Ablehnung der Anträge

Keine verwertbaren politischen Hinweise zur Zukunft der Stadtpolizei und mangels Freigabe des Budgets keine Beschaffung folgender Investitionen:

- drei Geschwindigkeitsanzeigetafeln, um aktive Prävention zu betreiben;
- Ersatz-Radargerät Bredar Gatso 24C (dringend notwendig, um die Tempo 30-Zonen zu kontrollieren).

5. Anhang

Konzeptpapier „Zukunft Stadtpolizei Liestal“.

Zukunft Stadtpolizei Liestal

Internes Konzeptpapier; Beilage zu Einwohnerratsvorlage Nr. 2008/194a

1. Ausgangslage

Im Rahmen eines Postulats der FDP-Fraktion zum Thema „Langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal“ vom 15. Januar 2008 (Nr. 2008/194, vom Einwohnerrat am 21.05.2008 überwiesen) wurden im Zusammenhang mit der Überprüfung der Infrastruktur verschiedene Fragen zur künftigen Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal gestellt. Themenkreise waren etwa die Verschiebung von Verwaltungspersonal zur Polizei, bevorstehende Pensionierungen von Polizisten, Neuanstellung von Polizeipersonal und Konsolidierung der Strukturen.

In den Aufgabenbereich der Stadtpolizei, so ist dem Postulat weiter zu entnehmen, fallen verschiedene Verwaltungstätigkeiten, die mit den Kernaufgaben ausgebildeter Polizisten nichts zu tun haben und diese im Innendienst binden.

Es fallen insbesondere gewisse sicherheitspolitische Schwerpunkte resp. sicherheitspolitische Situationen auf, die in diesem Bereich als defizitär bezeichnet werden können. Geografisch können diese schwerpunktmässig wie folgt definiert werden: Bahnhof, Weisse Gasse, Kinderspielplätze, Lüdin-Park, Begegnungszone, Zonen mit einer Geschwindigkeitslimite auf 30 km/h, Sicherheit auf den Schulwegen und in den öffentlichen Gebäuden.

Problemfelder sind z.B. Ruhestörungen, Verunreinigung des öffentlichen Grundes, Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend den Strassenverkehr, Bettelei etc.

2. Lagebeurteilung

Der Kantons- und Bezirkshauptort Liestal mit 13'598 Einwohnern (Stand 31.12.2007) verfügt derzeit über eine Polizei bestehend aus drei Polizisten und einem Sachbearbeiter. Der Leiter der Stadtpolizei wurde als einziger bei einer Kantonspolizei beruflich zum Polizisten ausgebildet. Seine beiden Kollegen besuchten die Gemeinde-Polizeikurse des Schweizerischen Polizeiinstitutes SPI in Neuenburg und Winterthur. Beim Sachbearbeiter handelt es sich um einen ehemaligen Mitarbeiter der städtischen Betriebe Liestal. Er ist zuständig für den Markt und amtiert als Koordinator der Bahnhofspaten. Weiter nimmt er flurpolizeiliche Aufgaben wahr.

Die polizeihöheitlichen Aufgaben der Stadtpolizei sind im Gemeindegesetz, dem Polizeigesetz und der Vereinbarung der Stadt Liestal mit der Kantonspolizei Basel-Landschaft verankert.

Die Stadtpolizei erfüllt folgende Aufgaben:

Sicherheitspolizei

- Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf dem Stadtgebiet;
- Interventionen bei Streitigkeiten, häuslicher Gewalt, präventive Personenkontrollen;
- Entgegennahme und polizeiliche Behandlung von Anzeigen aller Art (Diebstahl, Sachbeschädigung usw.);
- Ordnungsdienst bei Anlässen;
- Kontrollen im öffentlichen Raum /Jugendschutz (Drogen, Verunreinigung öffentlichen Bodens, Alkohol usw.).

Verkehrspolizei

- Überwachung des ruhenden Verkehrs, Umsetzung des Parkierungsreglements;
- Kontrolle des fliessenden Verkehrs sowie Geschwindigkeitskontrollen;
- Überwachung der Schulwege; Betreuung von Schülerinnen und Schülern;
- Kontrollen des Zweiradparks;
- Beratungen im verkehrspolizeilichen Bereich, sowohl intern wie extern.

Verwaltungspolizei

- Amtshilfe
- Durchführung und Kontrolle der Warenmärkte, Lebensmittelkontrolle;
- Ortspolizeiaufgaben (z.B. Umweltschutz, Gesundheits- und Seuchenpolizeivorschriften usw.);
- Herausgabe und Kontrolle der Hundemarken;
- Durchsetzung des Gastwirtschaftsgesetzes;
- Bewirtschaftung des öffentlichen Grundes und der Parkplätze;
- Mitwirkung im Rahmen verschiedener Gesuchsverfahren.

Zieht man den Personalbestand der Stadtpolizei Liestal in Betracht, fällt auf, dass dieser für die Erfüllung der vielfältigen und quantitativ zunehmenden Aufgaben äusserst knapp bemessen ist. Ein „Rund-um-die-Uhr“-Betrieb (24/7) ist gegenwärtig ausgeschlossen. Ein solcher Betrieb würde eine substantielle Bestandesehöhung im städtischen Polizeikorps unumgänglich machen.

Im Rahmen der Legislaturziele 2005 – 2008 und des Jahresprogramms wurden verschiedene Optimierungsmöglichkeiten zur Verbesserung der jetzigen Situation definiert und umgesetzt.

Im Jahr 2004 wurde das Projekt „Poliflex“ ins Leben gerufen. Durch

- Dienstverschiebungen in die Abendstunden und an Wochenenden;
- enge Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Basel-Landschaft;
- engere Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeindepolizeien

sollte das Ziel erreicht werden, den allgemeinen Polizeiauftrag erfüllen zu können.

Das gegenwärtige Fazit, nach knapp vier Jahren Poliflex-Erfahrung, ist unterschiedlich. Während Dienstverschiebungen in die Abendstunden und an Wochenenden sowie die engere Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei erfolgreich umgesetzt worden sind, wird die vertiefte polizeiliche Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden derzeit nicht weiterverfolgt.

3. Strategische Ausrichtung

Angesichts der rasch fortschreitenden europäischen Integration, der grenzüberschreitenden Mobilität, der Zunahme des organisierten, häufig international operierenden Verbrechertums und des Aufkommens neuartiger Bedrohungsformen mag sich gebieterisch die Frage stellen, ob eine Zersplitterung der Polizeikräfte in kleine, ja sogar kleinste Einheiten noch zeitgemäss und zweckmässig sei. Bei der Beantwortung dieser Frage darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass für die Beurteilung der Effizienz einer polizeilichen Organisation nebst ausreichendem polizeispezifisch ausgebildetem Personal und technischen Mitteln auch andere Faktoren von erheblicher Bedeutung sind. Grundsätzlich entspricht die Polizeistruktur der Schweiz sehr ausgeprägt dem föderalistischen Aufbau unseres Staatswesens! In diesem Kontext ist die Stadtpolizei Liestal unmittelbarer und vertrauter Partner der Bevölkerung und vermag damit das Bedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit in hohem Masse zu erfüllen, so denn die notwendigen Parameter gegeben sind.

Die übersichtliche unkomplizierte Polizeiorganisation und die kurzen Distanzen erlauben einen flexiblen bedürfnisgerechten Polizeieinsatz und rasche Anpassung an neue Bedrohungen sowie Entwicklungen. Hinzu kommt, dass die Stadtpolizistin oder der Stadtpolizist in der Regel seit Jahren ortskundig und mit den lokalen Verhältnissen eng vertraut ist. Sie oder er verfügt über wertvolle Personen-, Orts- und Milieukenntnisse. Die Mitarbeitenden der Stadtpolizei sind Allrounder. Ihre Tätigkeit ist anspruchsvoll und abwechslungsreich.

4. Ziel

Korrektes Erfüllen der Aufgaben der Stadtpolizei gemäss Polizeireglement und kantonalen Gesetzen, welche kommunale Aufgabenstellungen beinhalten (bspw. Gastwirtschaftsgesetz) sowie Erfüllen weiterer Aufgaben, welche auf anderen rechtlichen Grundlagen und Behördenentscheiden basieren (bspw. Bahnhofpaten, Flurpolizei, Marktwesen).

5. Varianten

Variante 1: **MINI (Beibehaltung IST-Zustand)**

Die Stadtpolizei behält ihren heutigen Stand bei, das heisst, drei Polizeistellen und eine zivile Sachbearbeiterstelle. Die finanzielle Belastung steigt nicht, jedoch ergibt sich keine Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit.

Kontrollen des fliessenden Verkehrs könnten aus rechtlichen Überlegungen nur an die Kantonspolizei Basel-Landschaft abgegeben werden. Die personellen und finanziellen Ressourcen des Kantons sind begrenzt.

Variante 2: **MIDI (IST-Zustand plus eine Stelle)**

Die Stadtpolizei wird um eine Stelle auf vier Polizeistellen aufgestockt. Diese Variante bedeutet eine finanzielle Zusatzbelastung und ermöglicht vermehrte Dienstverlagerungen. Kein 24/7-Betrieb möglich.

Variante 3: **MAXI (Stadtpolizei 24/7)**

Um einen 24/7-Betrieb einzuführen, müsste der Bestand der Stadtpolizei Liestal um drei Polizeistellen aufgestockt werden. Der Bestand setzte sich damit neu aus sechs Polizisten und einer Zivilangestellten zusammen.

Dadurch wäre die Stadtpolizei Liestal in der Lage, zusätzliche Aufgaben zu erfüllen:

- sichtbare Polizeipräsenz durch vermehrte Patrouillentätigkeit, vor allem an Wochenenden bis ca. 02.00 Uhr;
- Pikettdienst rund um die Uhr an 365 Tagen pro Jahr;
- schwerpunktmässige Diensterteilung und Dienstplangestaltung;
- häufigere Kontrolltätigkeit der besonders brisanten Örtlichkeiten ("Hot-Spots") wie bspw. Allee, Lüdlin-Park, Bahnhof usw.;
- Intensivierung der Schulwegkontrollen, bessere Betreuung der Schulkinder;
- Erhöhung der Verkehrssicherheit durch grössere Präsenz der Uniformpolizei;
- autonome Betreuung der Anlässe in Liestal und Durchführung entsprechender Ordnungsdienste.

Variante 4: **KAPO (Alternative: Einkauf gemeindepolizeilicher Leistungen bei der Kantonspolizei Basel-Landschaft)**

Für die Überprüfung des Einkaufs gemeindepolizeilicher Leistungen bei der Kantonspolizei Basel-Landschaft wurde das Konzept der Gemeinde Oberwil beigezogen. Oberwil hat bei der Kantonspolizei für Leistungen im gemeindepolizeilichen Bereich 100 Stellenprozent für einen jährlichen Betrag von CHF 135'000 eingekauft.

Dafür übernimmt die Kantonspolizei nachfolgend aufgelistete Aufgaben:

- regelmässige Streifen zu Fuss und motorisiert;
- Sicherheitsdienst bei Ereignissen und speziellen Anlässen;
- Nachtdiensteinsätze;
- Kontrollen von Fahrverboten;
- Kontrollen von Baustellensignalisationen;
- Kontrollen bei Ruhestörungen;
- Abklärungen im Rahmen des Tierschutzgesetzes.

Trotz dieser aufwändigen Sicherheitsleistungseinkäufe verbleiben Aufgaben der Gesundheits-, Feuer-, Flur- und Gewerbepolizei sowie der Verwaltungspolizei im Ausführungsbereich der Gemeinde Oberwil.

Als Vorteil des beschriebenen Modells kann angeführt werden, sofern es die im Dienst stehenden Bestände erlauben, dass die Kantonspolizei Basel-Landschaft 24 Stunden pro Tag für gemeindepolizeiliche Aufgaben zuständig ist und diese wahrnehmen muss.

Nachteil dieses Modells ist die Tatsache, dass die Gemeinde ihre Autonomie im Bereich gemeindepolizeilicher Aufgaben abgegeben hat. Sie bestimmt nicht mehr selbst und vor Ort, welche polizeilichen Massnahmen geeignet sind. Denn die Kantonspolizei setzt ihre Prioritäten nicht immer in die Ausübung gemeindepolizeilicher Aufgaben. Der Gesetzgeber hat diese Aufgaben den Gemeinden delegiert.

6. Weitere Überprüfungen und Feststellungen

IST-Zustand / Auslagerung gemeindepolizeilicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste

Bezugnehmend auf das Gutachten des Instituts für öffentliches Recht der Universität Bern, verfasst durch die Herren Professoren Dr. Walter Kälin, Dr. Andreas Lienhard und Frau Dr. Judith Wyttenbach, welches vom Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB in Auftrag gegeben worden ist, kann zu diesem Thema Folgendes festgestellt werden:

Im öffentlichen Raum ist die Polizei für die Sicherheit zuständig. Tätigkeiten privater Sicherheitsleute im Rahmen der Jedermannsrechte sind hier bloss im Bereich des individuellen Objekt-, des Personen- und Transportschutzes zulässig (bspw. VIP-Schutz, Geldtransporte usw). Eine Auslagerung gemeindepolizeilicher Aufgaben ist möglich und zulässig. Von der Übertragung polizeihöheitlicher Aufgaben an private Sicherheitskräfte wird jedoch abgeraten.

Auf die Situation in Liestal bezogen bedeutet dies: Vorstellbar wäre eine Auslagerung der Parkplatzbewirtschaftung an eine private Organisation. Diese wäre verantwortlich für die Kontrolle und das Leeren der Parkuhren sowie die Überweisung der eingezogenen Beträge auf ein Bankkonto. Diese Dienstleistung würde die Stadt Liestal ungefähr CHF 40'000, also ca. sechs Prozent der möglichen Parkuhreneinnahmen, kosten.

Vorstellbar wäre auch die Auslagerung der Kontrollen des ruhenden Verkehrs. Jedoch auf Grund der Tatsache, dass die Busseneinnahmen stagnieren, würde dies für die Stadt Liestal einen ungefähren Finanzaufwand von CHF 65'000 bedeuten (etwa 180 Kontrollen zu je vier Stunden von zwei Personen à CHF 45.00 pro Stunde).

Rechtlich ist ein solches Vorgehen, anknüpfend an die eingangs erwähnten Ausführungen, bedenklich, geht man davon aus, dass das Ausstellen von Bussen einen gerichtspolizeilichen Akt darstellt. Hinzu kommt, dass private Sicherheitsdienste gewinnorientiert arbeiten. Deshalb besteht die Gefahr, dass sie Sicherheitsaufgaben, auf Grund ungenügender polizeispezifischer Aus-

bildung, nicht mit der Unabhängigkeit und Sachlichkeit eines Polizisten vollziehen, sondern einnahmeorientiert. Zudem werden Kontrollen des ruhenden Verkehrs anlässlich von Patrouillengängen durchgeführt, was einer sichtbaren Polizeipräventionsarbeit gleichkommt.

Kontrollen des fließenden Verkehrs könnten aus rechtlichen Überlegungen nur an die Kantonspolizei Basel-Landschaft abgegeben werden. Die personellen und finanziellen Ressourcen des Kantons sind aber begrenzt.

IST-Zustand und Auslagerung von Aufgaben an die Kantonspolizei Basel-Landschaft

Bei diesem Modell bleibt die Stadtpolizei Liestal auf dem heutigen Stand, das heisst drei Polizisten und ein Zivilangestellter (Variante MINI). Eine Auslagerung der Kontrollen des fließenden Verkehrs an die Kantonspolizei hätte eine Verminderung der Einnahmen um etwa CHF 150'000 zur Folge. Die personelle Situation erlaubt der Polizei BL vier bis fünf Stunden pro Monat für Geschwindigkeitskontrollen auf den Kantonsstrassen in Liestal aufzuwenden. Eine Ausweitung und Intensivierung solcher Kontrollen könnte die Kantonspolizei nicht erbringen. Der Umstand, dass künftig in Liestal zusätzliche 30-km-Zonen eingeführt werden hat zur Folge, dass diese Zonen auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit kontrolliert werden müssen.

Schaffung einer Regionalpolizei

Im Jahr 2007 wurde anlässlich eines Bezirksgemeindetreffens in Ramlingen durch Liestal das Thema der Schaffung einer Regionalpolizei thematisiert. Zuvor hatte die Stadtpolizei Liestal versucht, die nachbarliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden Frenkendorf, Füllinsdorf und Lausen zu intensivieren. Was den Gemeinden Reinach, Therwil und Ettingen gelungen war, kann derzeit im Raum Liestal nicht weiterverfolgt werden.

7. Schlussbetrachtung

Anlässlich einer Arbeitssitzung der Stadt- und Gemeindepolizeichefs der Kantone Aargau, Bern, Basel-Landschaft und Solothurn vom 9. Mai 2008 in Liestal wiesen Polizisten der Städte Interlaken und Thun auf den Umstand hin, keine eigene Gemeinde- resp. Stadtpolizei mehr zu haben. Für Ordnungsdienste müssten sie nunmehr auf private Sicherheitsdienste zurückgreifen, weil die Kantonspolizei Bern gemeindepolizeiliche Aufgaben als nicht dringlich einstuft und andere Prioritäten setzt. Da es aber Angehörigen privater Sicherheitsdienste an beruflicher wie polizeilicher Kompetenz fehlt, dürfen und können diese logischerweise polizeihöherlich nicht intervenieren. Hinzu kommen immer wieder auftauchende zwischenmenschliche Probleme zwischen privaten Sicherheitsleuten und der Bevölkerung. Dies ist beim Einsatz ordentlicher Polizeikräfte nicht der Fall.

Bei Liestal handelt es sich um die Kantonshauptstadt und den Bezirkshauptort, in welchem sich die Stadtpolizei Situationen stellen muss, die eine hohe Präsenz von berufs- und sozialkompetenten Polizisten erfordern. Es ist deshalb eine politische und wirtschaftsbedingte Notwendigkeit, dass Liestal weiterhin über die eigene Stadtpolizei verfügen kann. Um die objektive und subjektive Sicherheit gewährleisten und in diesem Sinne die Lebensqualität der Bevölkerung garantieren zu können, braucht Liestal eine moderne, personell gut dotierte und professionelle Polizei, die ihrer Vorzeigefunktion jederzeit gerecht werden kann. Denn die öffentliche Sicherheit ist ebenfalls ein wichtiger Standortfaktor.